

Zum gesellschaftlichen
Strukturwandel und
den Problemen
der postmodernen Politik

Zurück zur Sozialen Marktwirtschaft

Jürgen Rüttgers

Wir leben in einer Zeitenwende. Das hat nicht nur mit zwölf Jahren deutscher Einheit und der Integration zweier ganz verschiedener Gesellschaftsformen zu tun. Dieser tief greifende Strukturwandel unserer Tage betrifft fast alle westlichen und auch – in anderer Form – die meisten nicht-westlichen Gesellschaften unserer Erde. Die vielfach beschworene „Globalisierung“ von Märkten, Technologien, Investitionen, aber auch Konflikten ist die erste Herausforderung, für die klassische nationalstaatliche Ordnung die vielleicht bedeutsamste.

Hinzu kommt in den westlichen Gesellschaften der demografische Trend hin zu einer „grauen Gesellschaft“, in der die Alten dominieren. 2050 wird nach den jüngsten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes die Hälfte der Bevölkerung älter als 48 Jahre und ein Drittel älter als 60 Jahre sein. Manche Prognosen sehen ein Absinken der gesamten Bevölkerung von heute über 80 Millionen auf 65 Millionen Menschen voraus. Was dies für die Lebensarbeitszeiten, für das Wirtschaftswachstum und für die Sozialsysteme bedeutet, ist derzeit kaum einem klar.

Ein dritter Trend ist die Entwicklung zu einer immer stärkeren Individualisierung: Menschen lösen sich immer mehr aus ihren traditionellen Bindungen. Sie gestalten ihr Leben auf eigene Faust, nach eigenen Spielregeln, ohne die alten richtungweisenden Institutionen wie Kirchen oder Parteien. In einer Stadt wie München waren in den neunziger Jahren die Familien mit zwanzig Prozent schon in der

Minderheit. Die Single-Haushalte dominierten eindeutig mit rund sechzig Prozent. Dieser Trend wird sich fortsetzen. Heute wird im Schnitt in den Städten fast jede zweite Ehe geschieden. Zugleich hat sich die Rate der allein erziehenden Frauen in den letzten zwanzig Jahren in den europäischen Großstädten fast vierfacht.

Dem entspricht ein vierter Trend, nämlich eine immer größere räumliche Mobilität. Damit verbunden ist eine Beschleunigung des Lebenstempos. Menschen wechseln immer öfter ihre Arbeitsplätze nicht nur innerhalb einer Stadt, sondern oft über weite Strecken innerhalb des eigenen Landes. Manche gehen zeitlich befristet oder auf Dauer ins Ausland. Zugleich steigt die Arbeitsbelastung und der Zeitdruck in fast allen Berufen deutlich an. Beides hat Auswirkungen auf die Gestaltungszeit anderer Lebensbereiche: Immer mehr muss in immer kürzerer Zeit bewältigt werden.

Ein fünfter Trend ist der Übergang von der Industrie- zur Wissensgesellschaft. Es genügt nicht mehr, einfach für einen Beruf ausgebildet worden zu sein und diese Ausbildung dann in der Praxis gewissermaßen nur noch zu perfektionieren. „Wissen“ ist zur zentralen Wirtschaftsressource geworden. Wissen wird als neuer Produktionsfaktor die gesellschaftliche Entwicklung im 21. Jahrhundert bestimmen. Fast alle Berufe sind durch die neuen Technologien auf Computergrundlage in den letzten zwanzig Jahren mehr oder minder tief greifend verändert worden.

„Arbeit“ hat sich damit grundlegend gewandelt. Damit lösen sich auch die klassischen Berufsbiografien auf. Sozialer Aufstieg funktioniert heute fast nur noch über erhebliche Flexibilität und mit einer Art Unternehmer-Mentalität. Nur wer sich den schnell wechselnden Entwicklungen anpassen kann, wird auch beruflich in Zukunft erfolgreich sein. Das bedeutet auch, dass das Berufsleben stärker zu biografischen Brüchen führt. Planbarkeit wird auf lange Sicht immer schwieriger. Aber dieser steigende Druck enthält auch enorme Chancen für Selbstentfaltungsmöglichkeiten, die die traditionelle Erwerbsbiografie in der Regel nie hatte.

Trends und Gegentrends

Alle diese Trends sind erkennbar und erklärbar. Sie werden öffentlich diskutiert und prägen doch kaum unser Handeln. Man weiß um die Notwendigkeit der Veränderung und neigt doch zur Verdrängung. Das gilt besonders für die Politik. Und selbst wenn die Politik diese Herausforderung aufnimmt, neigt sie doch zu einer einseitigen Linearität: Sie sieht häufig nur den einen Trend, verkennt aber den jeweiligen Gegentrend, den der Wandel zugleich erzeugt. Schaut man nämlich genauer hin, so kann man für alle Zukunfts-trends gegenläufige, gleichsam „paradoxe“ Gegentrends ausmachen: Die Globalisierung führt nicht nur zu immer größeren Einheiten, immer komplexeren Finanzströmen, immer größerer räumlicher Mobilität der Menschen, sondern auch zu ganz neuen Entdeckungen der Heimat-kultur, zu einem neuen „Kult des Lokalen“, zu einer Wiederentdeckung der kleinen Größen im Sinne von „small is beautiful“. Auch die wachsenden Leistungs-ansprüche der neuen Wissensgesellschaft sind nur die eine Seite der Medaille. Die andere ist ein zweifelsohne anwachsender Hedonismus, eine „Spaßkultur“, eine ungeheuer gestiegene Wertschätzung von Freizeit, auch eine durchaus sichtbare In-

fantisierung, die sich in unzähligen Talkshows und Big-Brother-Events dokumentiert. Dazu kommt ein offenkundiger Verlust an klassischem Bildungswissen im Zusammenspiel mit einer verbreiteten „Ohne-mich-Haltung“, wenn es um Bürgerpflichten geht. Das berühmte Diktum des amerikanischen Medienwissenschaftlers Neil Postman, man „amüsiere sich zu Tode“, gilt für die neue Wissensgesellschaft ebenso wie die Verdoppelung des gesamten Wissensbestandes der Menschheit alle zwanzig Jahre und die Tatsache, dass heute rund neunzig Prozent aller Wissenschaftler leben, die jemals gelebt haben.

Eine ähnliche Gegenläufigkeit erleben wir auch angesichts des demografischen Wandels: Zwar werden die westlichen Gesellschaften in dramatischer Weise immer älter, aber zugleich und parallel dazu erleben wir einen Jugendkult, wie ihn Europa und der Westen im historischen Vergleich wohl noch nie in diesem Ausmaß erlebt haben. Sieht man sich alte Fotografien der Zeit um die letzte Jahrhundert-wende an, so erscheinen junge Männer mit ihren Bärten, Gehröcken und Stehkragen so alt, wie heute nicht einmal mehr Pensionäre aussehen. Wollte man vor hundert Jahren vor allem „alt aussehen“, um an Autorität und Stil zu gewinnen, ist „alt aussehen“ heute der „Ernstfall“ und dient in der Jugendsprache bezeichnenderweise als Metapher für Niederlagen und Verluste. Kaum jemand, der sich diesem Druck der Jugendlichkeit entziehen könnte, kaum jemand, der wagte, absichtsvoll nicht jünger erscheinen zu wollen, als er wirklich ist.

Wenn uns die Soziologen daher ohne Unterlass predigen, wir gingen einer Mediengesellschaft entgegen, die nur noch von virtuellen Welten, Cyborgs, Computerspielen, massenhaftem Fernseh- und Kinokonsum und der Kultur der Gameboys geprägt sein werde, so ist auch dies zu linear gedacht. Zu all diesen zweifels-

ohne vorhandenen Tendenzen liegen die Gegentrends auf der Hand: Noch nie war der Kult um das authentische Erlebnis, das „Echte“, gerade das Nicht-Virtuelle so stark wie heute. Kein Reisebüro, das nicht damit wirbt, dass trotz totaler touristischer Erschließung gerade an diesem Ort der Sehnsüchte alles „echt“ und „authentisch“ sei. Gerade der ausufernde Boom des Risikosportes vom Bungee-Springen bis zum Extrem-Klettern zeigt mit seinen nicht selten tödlichen Folgen, wie sehr Menschen heute die allumfassende Medialisierung und Mediatisierung fliehen und dabei selbst höchste Risiken in Kauf nehmen.

Ähnliches lässt sich auch im Bereich der Außenpolitik feststellen. Noch nie hat es so viele supranationale und transnationale Zusammenschlüsse in Form von Internationalen Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen gegeben wie heute. Die letzten dreißig Jahre haben einen geradezu unvorstellbaren Boom an international agierenden Institutionen von der UNO bis zu Greenpeace und Amnesty International gesehen. Noch nie waren die staatlichen und zivilgesellschaftlichen Verflechtungen über Grenzen hinweg so intensiv wie heute, noch nie gab es eine solche Globalisierung von Debatten und Diskursen. Sie versuchen, internationale Standards der Menschenrechte, des Friedens und des Umweltschutzes politisch zu thematisieren und global auch durchzusetzen. Und doch müssen wir zugleich auch hier einen brisanten Gegentrend feststellen, nämlich die ebenfalls zunehmende Globalisierung von Gewalt in Gestalt des internationalen Terrorismus, der organisierten Kriminalität und einer endemischen Ausbreitung von Bürger- und Guerillakriegen, die den klassischen Krieg zwischen Nationalstaaten abgelöst haben.

Gesellschaftliche Komplexität

All diese Beispiele sollen nur eins verdeutlichen: Wir leben nicht in einer Welt,

in der lineare Trends im Sinne der alten Fortschrittslogik unseren gesellschaftlichen Wandel bestimmen. Für die Politik wäre es schön, wenn es so einfach wäre. Aber es ist leider viel komplizierter, weil das Muster, das hinter all diesen Entwicklungslinien steht, gerade nicht „Linearität“ im Sinne des „Immer mehr“ ist. Vielmehr haben wir es mit steigender Komplexität zu tun. Die Gesellschaft differenziert sich immer stärker aus, zerfällt in immer mehr Einzelgruppen und Segmente, in Milieus und Submilieus. Gab es früher noch umfassende und damit auch überschaubare und berechenbare Klassengefüge und entsprechende Parteidazugehörigkeiten, so wissen wir heute im Grunde kaum noch, wovon wir reden, wenn wir von „der Gesellschaft“ reden. Wohl auch deshalb schließen allgemeine Formeln wie „Erlebnisgesellschaft“, „Risikogesellschaft“, „Informationsgesellschaft“, „graue Gesellschaft“ und so weiter so ins Kraut. Diese Kennzeichnungen sind keineswegs falsch, aber sie bezeichnen jeweils nur einen bestimmten Trend. Sie werden aber der Komplexität der gesellschaftlichen Wirklichkeit nicht gerecht. Die moderne Gesellschaft zeichnet sich aber gerade durch die andauernde und immer schnellere Steigerung von Komplexität aus. Sie schafft und ermöglicht eine freie und offene Gesellschaft, verlangt aber von den Menschen auch erhöhte Anpassungsleistungen. Diese Anpassungsleistungen bedeuten nichts anderes als die permanente Steigerung von Lernfähigkeit. Wir müssen immer mehr Informationen in immer kürzerer Zeit verarbeiten. Das bedeutet einen erheblichen Druck für jeden Einzelnen, denn das einmal Gelernte kann morgen schon nichts mehr wert sein.

Andererseits muss man die ungeheuren Vorteile freier und komplexer Gesellschaften sehen, denn sie schaffen ungeahnte Entwicklungsoptionen für die einzelnen Menschen. Natürlich ist es für den

Einzelnen nicht immer leicht, aus diesen vielen Optionen und Wahlmöglichkeiten auszuwählen, zumal dann, wenn verbindliche Maßstäbe für die Wahl immer weniger aus der Tradition abgeleitet werden können. Man denke nur daran, wie schwierig heute selbst und gerade familiäre Verhältnisse durch wachsende Komplexität geworden sind. Frauen und Männer versuchen heute, Beruf und Familie gleichermaßen auszuleben: Statt Rollentrennung ergibt sich eine Rollenverdopplung. Das bedeutet steigende Anforderungen an beide Geschlechter, aber auch neue Optionen. Die Zeitspanne, bis Frauen ihr erstes Kind gebären, wird immer länger. Manche Frauen werden daher erst mit über achtzig Jahren Großmutter, andere schon mit vierzig. Und die Zahl der Ehen oder eheähnlichen Gemeinschaften in einem Leben nimmt erheblich zu. Man wird fast an die Verhältnisse des 19. Jahrhunderts erinnert, nur mit dem Unterschied, dass die Menschen damals aufgrund hoher Mütter- und Kindersterblichkeit und durch harte Schicksale in diese turbulenten Biografien „gedrängt“ wurden, weil zum Beispiel ein Zusammenleben ohne Trauschein durch starke gesellschaftliche Normen unmöglich gewesen wäre. Heute ist es dagegen die Vielfalt der Optionen, die zu einer solchen Auflösung klassischer Alters- und Verhaltensrollen führt.

Attraktivität der Moderne

Auch auf politischer Ebene wird dies deutlich. Es ist zweifelsohne die große Stärke offener, sozial-marktwirtschaftlicher Gesellschaften, dass sie den Menschen Freiräume und Entfaltungsmöglichkeiten bieten, die autoritäre oder durch eine Partei regierte Systeme nie erreichen. Gerade der Zusammenbruch des Sowjetsystems hat dies ja eindringlich vor Augen geführt. Die Zukunft wird den offenen, demokratischen Systemen gehören. Keine anderen politische Struktur eröffnet diese Op-

tionsvielfalt, nach der sich alle Menschen im Grunde sehnen. Wer möchte schon in einer Diktatur leben, zumal dann, wenn er oder sie durch die modernen globalen Medien von besseren Lebensmöglichkeiten und besseren Regierungsformen Kenntnis hat und vergleichen kann?

Dies bedeutet nicht, dass sich alle Kulturen nach dem gleichen Muster modernisieren und demokratisieren werden, im Gegenteil: Es spricht vieles dafür, dass wir in Zukunft viele verschiedene Modernitäten haben werden. Der bedeutende israelische Soziologe Shmuel Noah Eisenstadt spricht nacheingehenden Vergleichen der Kulturen von den „multiple modernities“, von den vielfältigen Modernitäten. So hätte zum Beispiel noch um die letzte Jahrhundertwende kaum jemand in Europa dem fernen und so überaus exotischen Japan eine solche Modernisierung nach westlichem Vorbild prophezeit, wie wir sie in den letzten Jahrzehnten erleben konnten. Aber trotzdem ist das moderne Japan nicht mit dem modernen Europa oder den USA zu vergleichen. Vieles ist ganz anders organisiert und kulturell geformt, und das wird auch in Zukunft so bleiben. Auch die Demokratie ist in Japan zweifelsohne anders strukturiert. Dennoch ist es vollkommen klar, dass es sich in Japan – (noch) anders als in China – um eine offene und demokratische Gesellschaft handelt. Oder nehmen wir das Beispiel der Türkei: Die Reformen des Staatsgründers Kemal Atatürk haben die Türkei demokratisiert und auf einen Modernisierungspfad gebracht. Dieser Weg zu einer prinzipiell offenen Gesellschaft hat der Türkei enorme wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Vorteile gebracht. Auch hier wird niemand eine Modernisierung ganz nach westlichem Modell erwarten. Aber das Beispiel der Türkei zeigt, dass häufig zu hörende Äußerungen wie die Behauptung, „der Orient“ lasse sich aufgrund einer grundlegend anderen Kultur nicht modernisieren und demokratisie-

ren, falsch sind. Entscheidend ist, dass wichtige Weichenstellungen für eine grundsätzlich offene Gesellschaft wie zum Beispiel die Trennung von Kirche und Staat und Strukturen einer echten Gewaltenteilung geschaffen werden. Nur wo dies nicht geschieht, bleibt eine Gesellschaft „geschlossen“ und gefangen in autoritären Doktrinen. Wir haben das in Deutschland in Gestalt des Nationalsozialismus, aber in anderer Weise auch in Gestalt der DDR erlebt und können daher die historische Leistung Konrad Adenauers und Ludwig Erhards, die Deutschland nach 1945 auf den Pfad der Westbindung und der Sozialen Marktwirtschaft gebracht haben, ganz besonders schätzen.

Der Hinweis auf die Soziale Marktwirtschaft ist hier besonders aufschlussreich: Nur eine Gesellschaft, die die Selbstorganisation der Menschen zulässt, kann mehr Komplexität und das heißt mehr Wohlstand, mehr Freiheiten, mehr Bildungschancen und so weiter erzielen. Das Erfolgsrezept von Ludwig Erhard war es, die Menschen unter bestimmten Rahmenbedingungen „machen zu lassen“, weil er zu Recht auf ihre Leistungsfähigkeit und Kreativität vertraute. Er griff damit auf die alte Idee der „Moderne“ im Sinne bürgerlicher Politik zurück, die Selbstorganisation der freien Bürger zu ermöglichen und auf ihren Einfallreichum bei der Lösung von Problemen zu setzen. Denn nichts anderes beinhaltet ja im Kern der Begriff der „Moderne“. Es ging und es geht dabei um die Entfaltungsmöglichkeiten des freien Staatsbürgers gegen die Dominanz staatlicher Handlungswillkür – um nichts anderes kämpften die frühen Revolutionäre der Französischen Revolution, sehr im Unterschied übrigens zu denen der russischen Oktoberrevolution, die vor allem die Diktatur einer Klasse und damit faktisch die des Staates im Blick hatten. Nicht umsonst zeigte sich die Bedeutung dieses Konzeptes der Moderne bereits unmittel-

bar im Gefolge der Französischen Revolution, als etwa in Preußen visionäre Politiker wie der Freiherr vom Stein nach der verheerenden Niederlage gegen Napoleon auf mehr „Selbstorganisation“ der Bürger setzten und im Zuge der preußischen Reformen neben neuen Freiheiten wie der Gewerbefreiheit und der Bauernbefreiung vor allem die Entwicklung der modernen kommunalen Selbstverwaltung in Gang setzten, um das in die Krise geratene Preußen wieder nach vorn zu bringen.

Subsidiarität

Nichts anderes bedeutet der nicht zuletzt im Kontext der Debatte um eine europäische Verfassung aktuell intensiv diskutierte Begriff der Subsidiarität. Was die Bürger selbst organisieren können, muss ihnen auch zur Organisation überlassen bleiben. Was die lokalen Einheiten besser verwalten können, muss auch in ihre Kompetenz gestellt sein. Der Staat soll und darf hier nur Rahmen setzen. Der Philosoph Ottfried Höffe hat dies in einem Aufsatz in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 10. August 2002 präzise auf den Punkt gebracht. Er schreibt dort: „Das Subsidiaritätsprinzip [...] beginnt alle Rechtfertigung von unten. Ihretwegen hat das Subsidiaritätsprinzip zwei Seiten, es ist ein Zuständigkeitsrecht und zugleich ein Wegnahmeverbot: Was der Einzelne aus eigener Initiative und mit eigenen Kräften leisten kann, darf seiner Zuständigkeit nicht geraubt und der Gemeinschaft zugewiesen werden. Das Individuum hat das Recht, als Kehrseite freilich auch die Pflicht zur Eigenverantwortung und Selbsthilfe. Ein Staat, der dagegen verstößt, indem er den Sozialstaat zum Fürsorgestaat ausbaut, handelt nicht bloß töricht, da er sich finanziell überfordert. Er handelt vor allem illegitim, denn er macht sich einer Kompetenzanmaßung schuldig. [...] Der le-

gitime Sozialstaat ist freiheitsfunktional und überlässt vieles der Freiheit seiner Bürger, der illegitime, paternalistische, überdies maternalistische Fürsorgestaat entmündigt die Bürger.“

Ratlosigkeit der Linken

Politik muss die Fähigkeit zur Selbstorganisation und Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger wieder stärker in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellen, wenn wir der gewachsenen Komplexität der Gesellschaft politisch gerecht werden wollen. Das Elend der „postmodernen Politik“ ist es vor allem, dass sie dies vollkommen aus dem Blick verloren hat und mit einem staatsfixierten Denken nur immer neue bürokratische Monstren erzeugt, die die Selbstorganisationsfähigkeiten der Menschen nicht fördern, sondern lähmen. Die Linke hat von Beginn an immer auf den starken Staat gesetzt, der die Durchsetzung der egalitären, wenn nicht gar klassenlosen Gesellschaft garantieren sollte. In der DDR konnte man beobachten, zu welchen Ergebnissen ein solches Denken führen kann. Und es ist das historische Verdienst Helmut Kohls, dass er durch die Wiedervereinigung den Menschen in den neuen Bundesländern die elementare Chance zum Neubeginn in bürgerlicher Eigeninitiative und Kreativität gegeben hat. Das bedeutet natürlich nicht, dass der Staat gerade im Hinblick auf die schwierige Zusammenführung zweier vierzig Jahre lang schmerhaft getrennter Gemeinwesen und eines zusätzlichen Druckes durch die Auswirkungen der Globalisierung enorme Aufgaben zu erfüllen und zu bewältigen hat. Niemand wird die Bedeutung sozialstaatlicher Politik in der Tradition der Sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhards ernsthaft bestreiten wollen. Doch Höffe hat vollkommen Recht, wenn er sagt, dass die Schwelle vom Sozialstaat, der bürgerliche Selbstorganisation zuallererst ermöglicht, zum alles regelnden „Fürsor-

gestaat“, der die Bürgerinnen und Bürger bevormundet und entmündigt, nicht überschritten werden darf. Eine zeitgemäße Politik muss dies ohne Unterlass im Blick haben und darf dem Staat nicht immer neue Eingriffe in die kreativen Kompetenzen der Menschen verordnen. Die Realität ist jedoch ein Grad des Staatsinterventionismus, der in den zurückliegenden Jahren der rot-grünen Regierung erschreckende Ausmaße angenommen hat.

Die angebliche Auflösung des „Reformstaus“ durch die rot-grüne Bundesregierung entbehrt bei genauerem Hinsehen jeglicher Realität: Die Steuerreform hat in ihrer Kompliziertheit nicht nur eine zusätzliche Bürokratisierungswelle erzeugt, sondern auch noch zu enormen Einbrüchen bei den Einnahmen des Staates geführt, ohne dass dadurch zugleich sichtbare Ankurbelungseffekte für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung zu beobachten gewesen wären. Die Rentenreform hat ein Bürokratiemonster ohnegleichen erzeugt, das von den Menschen verständlicherweise mit erheblicher Skepsis aufgenommen wird. Das Zuwanderungsgesetz ist keine Reform, weil es nicht der wirklich wichtigen Integration der hier lebenden Zuwanderer dient und überdies die Zuwanderung nicht in der Weise steuert, wie es für Deutschland existenziell notwendig wäre. Nirgendwo ist eine wirkliche Reform erkennbar: Die Arbeitslosenzahlen sind weiter gestiegen (und werden voraussichtlich weiter steigen), beim Wachstum der Wirtschaft liegt Deutschland im europäischen Vergleich weit hinten und droht gar in eine dauerhafte Rezession zu kippen, die Sozialsysteme bleiben weiterhin labil und sind auf Dauer den absehbaren Entwicklungen nicht gewachsen. Die Umweltpolitik reduziert sich mittlerweile auf Verpackungsordnungen, deren Überregulierungswahn an absurdes Theater erinnert. Und die so genannte Hochschulre-

form macht den Wissenschaftsstandort Deutschland keineswegs attraktiver, sondern limitiert eher die Chancen des wissenschaftlichen Nachwuchses, indem auch hier bürokratische Überregulierung statt eigenverantwortliche Flexibilisierung gefördert wird. Anstatt die hervorragenden Potenziale in Deutschland dadurch zu wecken, dass man einen echten „Wissensmarkt“ mit stärkerer privater Initiative und mehr Konkurrenz der Universitäten zulässt, wird auch hier wieder nur zu Tode reguliert. Kein Wunder, dass im weltweiten Publikationsranking der meisten Forschungsergebnisse, das vom CEST-Institut in der Schweiz vorgelegt wird, keine deutsche Universität unter den ersten fünfzig erscheint. Deutlicher kann man das Mittelmaß des deutschen Universitätssystems kaum belegen. Was das für eine „Wissensgesellschaft“ heißt, kann man sich leicht ausmalen. Und auf die desolaten Schulergebnisse der PISA-Studie braucht kaum noch eigens hingewiesen zu werden: Zu deutlich ist hier das vollkommene Versagen der Kultusbürokratie, die immer nur neue Regelungsvorschriften produziert hat, anstatt den Verantwortlichen vor Ort mehr Spielräume und Kompetenzen zu geben. Auch die groß angekündigte „Reformagenda 2010“ des Kanzlers wird dieses Grundproblem nicht lösen. Die Reformagenda 2010 dokumentiert das schlechte Gewissen eines in die Krise geratenen staatsinterventionistischen Denkens, indem sie in einigen Feldern staatliche Übersteuerung abzubauen verspricht. Doch hinter der Rhetorik der Selbstverantwortung und des Bürokratieabbaues verbirgt sich kein grundlegend neuer Ansatz, kein Umdenken, keine neue Vision. Es ist eine Politik der Zumutungen, keine Politik der Chancen.

Bürokratische Strangulierungen

Besonders gravierend zeigt sich diese Politik postmoderner Beliebigkeit bei der

Mittelstandspolitik. Der Mittelstand mit seinen kleinen und mittleren Unternehmen, die jeweils bis zu neun beziehungsweise bis zu fünfhundert Arbeitnehmer beschäftigen, war der entscheidende Nährboden des Wirtschaftswunders nach dem Krieg und ist auch heute der wichtigste Motor für die Entstehung und Bewahrung von Arbeitsplätzen. Dies zeigt sich daran, dass die kleinen und mittleren Unternehmen rund 70 Prozent aller Arbeitnehmer beschäftigen, 80 Prozent aller Lehrlinge ausbilden und sogar 75 Prozent aller Patente entwickeln! Sie leisten damit mehr als die Hälfte der Bruttowertschöpfung aller Unternehmen, nämlich nahezu 60 Prozent. Das zeigt, dass es gerade die kleinen Unternehmen sind, die im Sinne eigenverantwortlicher Selbstorganisation Erfolge verbuchen und damit auch Arbeitsplätze schaffen. Aber hier könnten noch ganz andere Potenziale geweckt werden, wenn endlich die bürokratische Strangulierung und die immense und unproduktive Steuerbelastung von Initiative und Leistungswillen beendet würden. Rund 30 Milliarden Euro wendet die Wirtschaft allein jährlich auf, um staatlich vorgegebene Aufgaben von der Ausfuhrbescheinigung bis zur Unfallvorschrift zu bewältigen – besonders für kleine und mittlere Betriebe eine dramatische Belastung. Wenn man sich dann noch klarmacht, dass heute ein Arbeitgeber für 100 Euro Lohn rund 80 Euro an Zusatzkosten für Sozialversicherungsbeiträge, bezahlte Feiertage, Urlaubsgeld, Altersversorgung und so weiter aufwenden muss und zusätzlich damit konfrontiert ist, dass nicht nur die Zahlungsmoral der Kunden erschreckend nachgelassen hat, sondern auch die Banken immer weniger Hilfe für die Existenzgründung anbieten, dann braucht man sich nicht zu wundern, dass in Deutschland kein Boom der Existenzgründungen einsetzt – genau einen solchen Boom bräuchten wir aber mit großer

Dringlichkeit, denn nur so ließen sich auf absehbare Zeit nicht zuletzt auch die Sozialsysteme auf eine zukunftsfähige Art und Weise umstrukturieren.

Diese Politik der immer höheren Abgaben und bürokratischen Belastungen fördert nur die Schwarzarbeit. Nach Schätzungen werden allein in diesem Jahr in Deutschland rund 350 Milliarden Euro in der Schattenwirtschaft erarbeitet. Hier agieren die Menschen ihre Leistungsbereitschaft und ihre Selbstorganisation aus, weil die Umverteilungslasten gerade bei den geringer bezahlten Tätigkeiten im Dienstleistungsbereich überhaupt keine Anreize für eine Arbeit im ersten Arbeitsmarkt gewähren. Man könnte die Liste solcher Misserfolge beliebig verlängern, etwa um den Blick auf ein Gesundheitswesen, das immer teurer wird und zugleich immer weniger leistet. Es liegt mit über 2700 Euro pro Kopf und Jahr im EU-Vergleich an der Spitze der Kosten, kann aber bei den Erfolgen kaum mithalten, denn bei der durchschnittlichen Lebenserwartung zum Beispiel liegt Deutschland im Vergleich von 22 europäischen Ländern nur auf Rang 15.

All diese Beispiele zeigen eins ganz eindeutig: Wenn es uns nicht gelingt, die Auswüchse eines überregulierenden Staates und die technokratische Prinzipienlosigkeit einer postmodernen Politik zu Gunsten von mehr Chancen auf eigenverantwortliches „Selbstmanagement“ der Menschen in ihren familiären, lokalen und betrieblichen Kontexten umzukehren, werden wir die gravierenden politischen Probleme der Zukunft nicht in den Griff bekommen. Staatliches Handeln muss daher zukünftig weniger kosten, schneller zu Entscheidungen kommen, sozial gerechter, umfassender orientiert und besser organisiert sein. Es muss zugleich aber auch mehr zivilgesellschaftliche Akteure einbinden, mehr an den Bedürfnissen der einzelnen Bürgerinnen und Bürger orientiert sein und stärker auf dem

Subsidiaritätsprinzip fußen. Beide Leitbilder politischen Handelns zu Beginn des 21. Jahrhunderts sind bisher gerade in der Bundesrepublik, die durch die Wiedervereinigung in besonderer Weise herausgefordert war und ist, nur unzureichend umgesetzt worden. Wir brauchen weniger und einfachere Gesetze, wir brauchen auch dringend schnellere Genehmigungsverfahren zum Beispiel bei Existenzgründungen, und wir brauchen dringend klarere Strukturen und Abgrenzungen bei den Bund-Länder-Zuständigkeiten. Nur so wird mehr Selbstorganisation der Bürgerinnen und Bürger möglich sein und zugleich der für jeden Wohlstand so zentrale Geist individuellen Engagements und unternehmerischer Initiative wieder entfaltet werden können.

Die Hohlheit des technokratischen Aktionismus

Aus dem Geist des Staatsinterventionismus wird sich dies nicht bewerkstelligen lassen. Das liegt vor allem daran, dass ihm das nötige Werte-Fundament dafür fehlt. Er ist in der Tat insofern „postmodern“, als er die zentralen Grundlagen einer genuin bürgerlichen Modernität durch Überregulierung und Bürokratismus permanent unterläuft. Er ist überdies beliebig, weil dahinter kein klares, in Werten fundiertes Leitbild mehr steckt. Noch vor fünf Jahren wurde uns vom Kanzlerkandidaten Schröder eine Politik für eine „neue Mitte“ versprochen. Das war eine Leerformel, die im Grunde nur die programmatische Leere der alten Arbeiterpartei SPD, der die Arbeiter zunehmend abhanden kamen, verdecken sollte. Bezeichnenderweise war im Wahlkampf 2002 davon keine Rede mehr, sondern Schröder reduzierte – im Grunde konsequent – die gesamte Botschaft nur auf seine eigene Person. Es ging nicht mehr um kohärente Vorstellungen und konkrete Wertpräferenzen, sondern um einen an die Person

gebundenen Technokratismus, der nur noch die vordergründige „Machbarkeit“ des aktuell zu Entscheidenden, das Bedienen von Besitzstandsinteressen und die mediale Wirkung des politischen Aktionismus im Blick hatte. Langfristige Überlegungen und vor allem fundierte Wertpräferenzen sind bei diesem technokratischen Politikverständnis auf der Strecke geblieben. Deswegen wirkt auch der von Rot-Grün immer wieder inszenierte Appell an die soziale Gerechtigkeit so tönernd und hohl, denn es ist ja gerade die Politik des Vereitelns von Selbstständigkeit und erfolgreicher Selbstorganisation, die sozial alles andere als gerecht ist, sondern umverteilt und dabei zumeist nicht die Leistung, sondern gerade die Passivität belohnt.

Wir brauchen stattdessen eine Neubelebung von Freiheit und Selbstverantwortung. Es geht dabei nicht um den Abbau sozialer Verantwortung, aber diese kann ohne die individuelle Selbstverantwortung nicht gedeihen: „Zu sozial ist unsozial“, hat Ludwig Erhard zu Recht gesagt. Er meinte damit, dass ein überbordender Fürsorgestaat gerade die individuelle Sorge um den Mitmenschen erstickt. Es ist daher bedenklich, wenn die Menschen in diesem Lande „Sicherheit“ und „soziale Gerechtigkeit“ regelmäßig in Umfragen als die höchsten Werte angeben, während der Wert der Freiheit und der individuellen Entfaltungschancen erst unter „ferner liefen“ rangiert. In den USA, in Großbritannien und auch in Frankreich ist das Verhältnis beinahe umgekehrt. Wir brauchen wieder mehr Risikobereitschaft und weniger „Opfermentalität“, die leider hier zu Lande in den öffentlichen Debatten häufig den Anschein kritischer Reflexion erhält. Mit einer Opfermentalität wäre das Wirtschaftswunder nicht zu Stande gekommen. Und ohne eine gesteigerte Risikobereitschaft werden wir die Herausforderungen der Globalisierung nicht be-

wältigen, es sei denn, wir sind bereit, unseren Wohlstand zu opfern und im Wettbewerb der Ideen und Produkte auf einen der hinteren Plätze zurückzufallen.

Renaissance der Moderne

Was wir also vor allem brauchen, ist ein neues Wertefundament, das die alten Werte der Sozialen Marktwirtschaft wieder in den Mittelpunkt rückt. Das hat gerade nichts mit einem überholten Konserватismus zu tun, denn es geht nicht um Ordnungsfanatismus und Fixiertheit auf Disziplin. Es geht im Gegenteil gerade um die Entfaltung von Kreativität und Ideenreichtum, die aber nur gedeihen, wenn Mut und Engagement belohnt werden. Es geht also nicht um den Abbau des Sozialstaates, sondern um dessen Transformation auf der Grundlage einer stärker werteorientierten Politik. Zu diesen Werten muss gehören, dass die Familien gestärkt werden, denn nur hier kann die frühe Erziehung zur Selbstorganisation erfolgreich sein. Nicht umsonst war das bürgerliche Familienmodell mit seiner frühen Erziehung zu Selbstständigkeit und Partnerschaftlichkeit im Gefolge der Französischen Revolution ein solcher Erfolg und wurde wegweisend für die Kultur der Moderne. Heute gehört aber auch dazu, dass Frauen mehr Chancen auf ihre „Selbstorganisation“ haben. Daher brauchen wir auch mehr und bessere Ganztagsschulen, damit beide Eltern auch berufstätig sein können. Zu einer wertegebundenen Politik muss aber auch gehören, dass es künftig keine verbrauchende Embryonenforschung, keine Spätabtreibungen und keine aktive Sterbehilfe geben darf, wenn wichtige Grundlagen unserer abendländisch-christlichen Kultur erhalten bleiben sollen.

Aber es gilt nicht nur zu bewahren. Die Menschen hier zu Lande müssen auch anfangen, angesichts der Herausforderung der Globalisierung im Hinblick auf ihr Gesellschaftsbild umzudenken. Wir le-

ben nicht mehr in der behüteten Wohlstandsrepublik, in der immer mehr Angestellte scheinbar mühelos die Segnungen gesteigerter Arbeitsproduktivität und äußerer Sicherheit genießen können. Die Konkurrenzen sind härter und globaler geworden, die Herausforderungen betreffen uns alle viel grundsätzlicher als noch vor zwei Jahrzehnten. Die nationalstaatliche Politik kommt daher mit ihren Regelungsmechanismen im Zeitalter der Globalisierung immer mehr an ihre Grenzen. Doch wir sollten dies nicht als Kapitulation, sondern als Chance verstehen. Der Nationalstaat wird nicht untergehen, wie manche Globalisierungstheoretiker glauben. Aber er muss sich transformieren, sich anpassen und verändern. Er muss mehr Kompetenzen zum Beispiel in Wirtschafts- sowie Außen- und Sicherheitsfragen nach außen abgeben – die Europäische Union ist dafür ein erfolgreicher Beweis. Sie zeigt aber zugleich, dass dies nicht unbedingt einer Schwächung, sondern sogar eher einer Stärkung nationaler Prosperität und Durchsetzungsfähigkeit dienen kann, denn einzeln sind die europäischen Nationen im internationalen Konzert eher untergeordnet, gemeinsam aber ein globaler Faktor erster Ordnung. Dennoch ist die EU kein Ruhekissen, im Gegenteil: Gerade um auch innerhalb Europas wieder einen Spitzensitz einzunehmen, müssen wir unsere Selbstorganisationskräfte wieder stärker

bündeln, müssen wir die Wissensgesellschaft nicht zuletzt über ein besseres Bildungssystem, vor allem aber auch durch die konsequente Durchsetzung des Subsidiaritätsprinzips voranbringen.

Die Politik muss den Mut finden, unbequeme Wahrheiten wieder öffentlich auszusprechen. Dies wird aber nur Wirkung entfalten, wenn sie den Menschen gleichzeitig die Chance zur Selbstorganisation zurückgibt und Rahmenbedingungen schafft, bei denen es sich wieder lohnt, kreativ und innovativ zu sein. Das heißt gerade nicht „Raubtierkapitalismus“, aber eben auch nicht postmoderner Technokratismus und Lobbyismus, wie sie gegenwärtig die Republik lähmen und ersticken. Es heißt, die Soziale Marktwirtschaft angesichts der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts wieder neu zu entdecken und damit eine „Renaissance der Moderne“ einzuläuten. Damit kehren wir auch zu den zentralen europäischen Grundwerten zurück, denn das vielleicht wichtigste Strukturprinzip Europas ist, wie der französische Philologe Rémi Brague schreibt, das der „Renaissance“ – einer Renaissance aus dem Geist individueller Innovation und zugleich gemeinschaftlicher Solidarität. Wir brauchen eine Renaissance der Moderne, die die gesteigerte Komplexität moderner Gesellschaften nicht reduziert, sondern auf einer höheren Ebene wieder integriert.

Schulden machen ist nicht schwer, sie abbauen hingegen sehr

„Wenn der Kanzler allerdings nach getaner Kabinettarbeit sein Werk als „die größten Sozialreformen in der Geschichte der Bundesrepublik“ preist, dann hat das Land Anlass zur Sorge.“

„Für Entfernungspauschale und Eigenheimzulage mag es konjunkturwirtschaftlich Argumente gegeben haben – in erster Linie waren sie Wahlgeschenke, die mit dazu beigetragen haben, dass der Staat seine originären Aufgaben immer mehr vernachlässigt und die Schulden nach oben getrieben hat.“

Stefan Dietrich am 14. August 2003 in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*.